

die infolge der wirtschaftlichen Erschütterungen des Aufstands zahlreich unter den Hammer kamen, zu einem Spottpreise in die Hände der preussischen Junker zu bringen, und Mittel zu diesem Zwecke war das Verbot, subhastierte Güter an polnische Käufer aufzulassen.

Eine ähnliche Verwandtschaft hatte es mit der dritten „Germanisierung“ nach den polnischen Unruhen von 1846. Damals bildete sich in Berlin eine ganze Aktiengesellschaft, unter dem gnädigen Schutze hochstehender Personen, um polnische Güter für preussische Junker aufzukaufen. Diese Junker sahen mit alterprobtem Instinkt voraus, daß der große Polenprozeß eine Menge polnische Güterbesitzer ruinieren und ihre Güter für einen Pappensitzel auf den Markt werfen werde. Ein schönes Gut fast umsonst, polnische Bauern zum Frägen und obendrein noch ein glanzreiches Verdienst im Gott, König und Vaterland — wach erhebbende Aussicht für ein ostelbisches Junkerherz!

Soviel über die borusischen Germanisierungskünste in vormärzlicher Zeit. Auf ihre konstitutionelle Façon zurückzukommen, wird sich wohl noch mancher Anlaß bieten, nachdem Graf Bülow feierlich erklärt hat, diese Ueberlieferungen des „größten deutschen Mannes“ wieder aufnehmen zu wollen.

Politische Uebersicht.

Partei und Parlament.

Bürgerliche Blätter konstatieren, daß der Reichstag seit dem Jahre 1871 keine so lange, sich durch volle sechs Sitzungen erstreckende Etatsdebatte gehabt habe, wie diesmal. Und wir möchten hinzufügen, auch noch keine so langweilige. Ohne die sozialdemokratische Opposition wären die Verhandlungen rein zum Einschlafen gewesen.

Ein nunmehr verstorbener freikonservativer Abgeordneter, der sich durch die Kühnheit seiner rednerischen Bilder auszeichnete, sagte vor Jahrzehnten einmal im preussischen Abgeordnetenhaus: „Ich bin die Sardelle des Hauses.“ Ohne den heiteren Belgeschmack dieses Scherzes darf man behaupten, daß einzig die sozialdemokratische Fraktion das Salz liefert, das die Reichstagsverhandlungen dem Volke noch schmackhaft macht. Wir sagen das keineswegs aus einer Ueberhebung, die sehr übel angebracht wäre, etwa in dem Sinne, daß die sozialdemokratischen Redner als solche den bürgerlichen Parlamentariern an Geist und Beredsamkeit überlegen wären. Das wäre im allgemeinen eine Renommance und im einzelnen mag es bald so, bald anders sein. Der wirkliche Schwerpunkt der Frage liegt nach einer ganz anderen Seite.

Ein Parlament hat entweder das Heft in Händen oder nicht. In jenem Falle sind seine Verhandlungen immer von Interesse für die Nation, deren Geschicke dann ja von den Beschlüssen des Parlaments abhängen. In diesem Falle kann ein Parlament nur dann auf dauerndes Interesse der Bevölkerung rechnen, wenn es ihre Forderungen bestimmt, klar und unerschütterlich vertritt, wenn es eine prinzipiell feste Politik treibt. Läßt sich ein ohnmächtiges und schwaches Parlament aus Kompromissen und Schwächen mit der Regierung ein, wird damit in der Nation das Bewußtsein erlöst, daß sie sich unter allen Umständen auf ihre Vertretung verlassen kann, so verliert das Parlament jede Stütze und wird den Massen um so gleichgültiger, je mehr es durch Reden wieder zu gewinnen sucht, was es verloren hat, weil es nicht zu handeln versteht. Ursache und Wirkung steigern sich dann gegenseitig; die Verhandlungen des Reichstags werden um so länger, je weniger tatsächliche Bedeutung hinter ihnen steckt, und sie finden um so geringeren Widerhall im Volke, je länger sie werden.

Es gehört zu den Selbsttäuschungen des Liberalismus, an denen diese Partei reicher ist, als irgend eine andere bürgerliche Partei, dem Reichstoge durch Gewährung von Diäten wieder die nötige Frische und Thakraft verleihen zu wollen. Die Forderung ist an sich ganz berechtigt, aber das Ach und Weh des deutschen Parlamentarismus ist mit ihr so wenig zu kurieren, wie etwa die Schwindsucht durch eine an sich ganz heilkraftige Arznei gehoben werden kann. Im Gegenteil. Der Reichstag, der keine Diäten bezieht, hat in der Nation immerhin noch einen ganz anderen Resonanzboden, als Produkt des allgemeinen Wahlrechts, wie das preussische Abgeordnetenhaus, das Diäten bezieht, als Produkt der Dreiklassenwahl. Gerade das übermäßige Gewicht, das von liberaler und nachgerade auch von

konserverativer und ultramontaner Seite auf Diäten gelegt wird, ist ein bereiter Beweis für die Verdumpfung des bürgerlichen Parteiwesens. Je kränker ein Mensch wird, umso mehr pflegt er sich auf äußerliche Wunderkuren zu verlassen.

In dieser Verdumpfung ist allein die sozialdemokratische Partei frisch geblieben, weil sie immer fest am Prinzip gehalten ist, und sie allein rettet deshalb den Reichstag vor der Gefahr, der Nation ganz gleichgültig zu werden. Gleichviel, welche der Fragen man nimmt, die in der sechsstägigen Etatsdebatte angeschnitten worden sind, die Frage Chamberlain oder den Fall Spahn oder die Frage des chinesischen Abenteurers, so wird man jedesmal zu dem Ergebnis gelangen, daß einzig und allein die sozialdemokratische Fraktion den prinzipiellen Maßstab an sie gelegt hat, während die Redner aller bürgerlichen Parteien, die einen so, die anderen so, darum herumgeredet haben. Welches konfuse Durcheinander boten beispielsweise die Ausführungen der Liberalen und der ultramontanen Redner über den Fall Spahn! Zudem sie gegenseitig aufeinander schlugen, drehten sie sich immer in demselben hoffnungslosen Kreise, aus dem es nur den einen rettenden Ausweg des Princips gab, den Weg, den allein die sozialdemokratische Partei betreten durfte und betreten hat.

So ist im deutschen Reiche die „Partei des Umsturzes“ die Kelterin des bürgerlichen Parlamentarismus geworden. Das heißt: zu seiner Kelterin von den reaktionären Gewalten, die in seiner konstanten Verfassung heute leichtes Spiel mit ihm haben würden. Deshalb ist sie aber weit entfernt davon, Wunderkuren von ihm zu erwarten. Sie weiß auch diese Position auszunutzen, ohne deshalb einen Augenblick ihre höheren Ziele aufzugeben: das Parlament ist für die Partei da, und nicht umgekehrt die Partei für das Parlament.

Deutsches Reich.

Parlamentarische.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 15. Januar. Der Reichstag beriet heute die Interpellation Kren d t betr. die Unterfützung der Kriegsinvaliden. Obwohl der Reichstag im vorigen Jahre Mittel bereitgestellt hatte, um den bedürftigen Veteranen die Miesensumme von 120 Mk. jährlich zu teil werden zu lassen, sind doch wieder Fälle vorgekommen, in denen die Regierung die Auszahlung dieser horrenden Summe mangels finanzieller Mittel verweigert hat. Herr Kren d t konnte solche Fälle aftermäßig nachweisen. Der Reichstagssekretär Zehr. v. Z h i e l m a n n gab eine Antwort auf die Anfrage, die gleichermassen den Reichstag wie die Veteranen selbst unbefriedigt lassen mußte. Er verschonte sich hinter die ungenügende Finanzlage und will neue Steuerquellen für die alten Veteranen nicht erschließen, auch für sie keine neuen Schulden machen. Er weiß, wie es scheint, überhaupt keine neuen Steuerquellen; das Steuerfeld ist seiner Ansicht nach „abgegrast“. In der Bier- und Tabaksteuer, von der er beim Posttarif sprach, scheint er bereits ein Paar gefunden zu haben. Möglicherweise hat er die Einnahmen aus den beiden Steuern auch für die Deckung neuer Militäransgaben reserviert.

Die Redner des Hauses flossen natürlich von Wohlwollen für die armen Veteranen über. Leute wie der Graf O r i o l a und die Vertreter der übrigen bürgerlichen Parteien, glauben schon eine wunder wie heroische That verübt zu haben, wenn sie hilflosbedürftigen Männern, die eine schwere Pflicht erfüllt haben, jährlich 120 Mk. zuweisen. Unser Genosse S t a d t h a g e n wies mit Recht darauf hin, daß die sozialdemokratische Partei schon im Jahre 1895 eine Beihilfe von dreifacher Größe für die Veteranen beantragt hat. Er konnte eine große Anzahl von Fällen anführen, in denen die Ansprüche von alten Kriegern nicht befriedigt worden sind; er konnte weiter nachweisen, daß den armen Leuten, falls sie aus irgend welchen beruflichen Invalidentatsklassen Renten bezogen, die Veteranenrente entsprechend gekürzt worden ist. In der Debatte war viel von einer Wehrsteuer die Rede, aus der die Unterfützungsmittel genommen werden sollen. Da sich außer den Konservativen auch der Nationalliberale Graf O r i o l a und der Centrumsabgeordnete S p e c k für diesen Gedanken begeisterten, ist es nicht unmöglich, daß wir demnächst mit einer Wehrsteuer vorlage beglückt werden.

Abg. S t a d t h a g e n bekämpfte das Projekt der Wehr-

steuer ganz entschieden und schlug dafür unter Beibehaltung des Hauses eine Ordenssteuer vor.

Die Militärbehörde war durch mehrere Bevollmächtigte am Bundesratsstisch vertreten, aber niemand von ihnen nahm das Wort. So endete die Besprechung damit, daß Herr Kren d t dem Schatzsekretär seine allerhöchste Mißbilligung über die ihm zu teil gewordene Antwort aussprach.

Morgen stehen die Interpellationen Graf O r i o l a betr. die Reform der Militärpensionsgesetzgebung und die Interpellation unserer Genossen betr. die Arbeitslosigkeit auf der Tagesordnung.

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 15. Januar. Das Abgeordnetenhaus hat heute die Besprechung der Poleninterpellation zu Ende geführt. Das Interesse an dem Gegenstand war erloschen, wie nicht nur die leeren Bänke und die im Gegensatz zu den letzten Tagen schwach besuchten Tribünen, sondern vor allem auch die gehaltenen Reden bewiesen.

Nach einer Auseinandersetzung zwischen den Abgg. K i n d l e r (Posen, freil. Vp.) und v. S t a u d y (Konf.), von denen der erstere im Interesse des Friedens dringend die Wiedereinführung des polnischen Unterrichts in den Lehrplan der Volksschulen empfahl, während letzterer den Patristenverein verteidigte, schilderte Abg. S c h m i e d i n g (nat.-lib.) die angeblich auch dem Westen drohende Gefahr durch die im Ruhrgebiet beschäftigten polnischen Arbeiter. Wertvoller als seine Schilderung war das Eingeständnis, daß die deutschen Industriellen des Westens die Polen hingelockt haben, weil sie zufrieden waren, in ihnen billige Arbeitskräfte zu gewinnen. Jetzt, wo die Polen sich ihrer Menschenwürde bewußt zu werden beginnen und höhere Löhne fordern, sind sie den Schlotbaronen auf einmal gefährlich.

Sehr scharf zog Abg. G o e r d e l e r (freikons.) gegen die Polen zu Felde; er verlangte, daß in der Öffentlichkeit nur noch die deutsche Sprache maßgebend sein solle und daß zu diesem Zweck das Vereinsgesetz geändert werden möge in der Richtung, daß in öffentlichen Versammlungen nur noch deutsch geredet werden darf. Eine gelegentliche Venerkung des Redners lockte den Justizminister S c h ö n e d t aus der Reserve heraus, die er sich bis dahin aufgestellt hatte. Herr Schönstedt verteidigte die Orefener Richter, die über die Vorgänge in Breschen zu Gericht gesessen haben, gegen den Vorwurf, daß sie sich in den Dienst der Politik gestellt haben. So etwas hätten deutsche Richter niemals getan, und sie würden es auch in Zukunft nicht thun. Man könnte dem Minister aus zahllosen politischen Prozessen der letzten Jahre leicht das Gegenteil nachweisen, wenn es sich der Mühe lohnte, Herrn Schönstedt gegenüber einen derartigen Beweis anzutreten.

Die übrige Debatte war belanglos.

Am Donnerstag beginnt die Staatsberatung.

Fürstentum und Untertanenrecht.

Das Mittelalter kannte nur Freiheiten und Privilegien; der moderne Rechtsstaat kennt angeblich nur die Gleichheit aller vor dem Gesetz. In Wirklichkeit ist dieser moderne Grundbald in Deutschland bis jetzt nur eine juristische Fiktion, eine Seltungssehreibersphrose geblieben; das moderne Recht ist von so vielen Adelsprivilegien, fürstlichen Hausgesetzen und sonstigen altbewährten feudalen Kraun durchsetzt, daß die Rechtsgleichheit erst da anfängt, wo nach feudalem Geschmack der Mensch aufhört, nämlich bei der bürgerlichen Kanaille. Die Ehecheidungssache des Großherzogs von Hessen hat diese Thatsache wieder einmal dem öffentlichen Bewußtsein näher gebracht.

Nach dem politischen Bekenntnis des deutschen Durchschnitts-prießers ist die Ehe die Grundlage der Gesellschaft. Wenn für irgend eine Institution, so müßten für diese, sollte man denken, die Grundzüge des gemeinen bürgerlichen Rechts gelten, und zwar ohne Ansehen der Person, gleichgültig, ob der Landesherz oder der letzte Tagelöhner eine Ehe eingeht. Thatsächlich ist dies, wie die Deutsche Juristenzeitung in ihrer neuesten Nummer nachweist, in keiner Weise der Fall. Dort weist ein preussischer Geheimen Oberregierungsrat und Professor Dr. in Berlin mit Aufwand großer juristischer Scharfsinn und wirklich beängstigender Gelehrsamkeit nach, daß durch das Personenstandsgesetz vom 6. Februar 1875, das

„Versuchen kann ich es ja gern. — — — Und der Tierarzt verpörrt nichts mehr, sagt Du?“

„Er ist gesund wie ein Fisch. Viel gelünder als vor seiner Erkrankung.“

„Und die Frau kommt, wenn ich sie holen lasse?“

„Unbedingt!“

„Ja, ja!“ sagte der Konful und wiegte frisch belebt den Kopf hin und her. — Wenn ich noch mal wieder ein ganzer Mann werden könnte. Knapsied! hm! hm! Nun bin ich seit sechs Jahren kein Mensch gewesen. — — Ach, du lieber Gott! Ja, ja!“

Mörch sah auf der Bank und wippte vor Freude hin und her. Seine geschwollenen gichtischen Hände umklammerten krampfhaft den Stock und seine Lippen bewegten sich unablässig.

Knapsied schielte zu ihm hin, und die Pupillen in seinen Augen zogen sich boshast zusammen, wie bei einer Saage, die eine Maus fixiert.

„Aber Du mußt Dich doch in acht nehmen, Mörch!“

„Wieso?“ fragte der Konful erschreckt. Und es war als glitt ihm bei dem Tonfall in des Föllners Stimme eine eiskalte Spirale durch das Rückrat.

„Du mußt recht vorsichtig sein, sage ich.“

„Weshalb?“

„Ja, denn da drüben in Jütland, wo ich herkomme, war auch eine kluge Frau — —“

„Hm — —“ (Mörch sank mehr und mehr zusammen).

„Sie gab einem Mann einmal eine verkehrte Medizin.“

„Ja?“ — — — Es klang wie ein Stöhnen.

„Diese Art Leute sind ja nicht ganz so zuverlässig wie die Ärzte — —“

„Nein — —“

„Sie haben ja kein Examen gemacht — — Sie haben ja kein Examen gemacht, sage ich!“

„Nein, ich kann ganz gut hören, Knapsied!“

„Und sie dürfen ja eigentlich nicht praktizieren.“

„Nein!“ — — —

„— — — Damit kein Unglück geschieht. Diese Frau hatte verkehrte Kräuter gebraucht — —“

„Hm! — — — Und der Mann?“

„Der Mann? Ja, der starb! Sie hatte ihm Gift gegeben. — — — Na ja, das war natürlich ein Unglück, versteht Du, alter Freund! he! Die Frau in Bragbn ist ganz zuverlässig.“

Der Konful antwortete nicht. Er war wieder zusammengeunken. Der Kopf war auf die Brust gesenkt, und die Arme hingen schlaff an den Seiten nieder.

Der Föllner aber erhob sich plötzlich von der Bank:

„Ja, dann müssen wir wohl so allmählich weitergehen.“

Und ohne eine Lebensäußerung von nemem Freund abzuwarten, schob er den Arm in den seinigen, zog ihn in die Höhe und schleppte ihn weiter auf dem Wege, der nach dem Friedhof führte.

staren Thomsen war, wie gesagt, in jeder Hinsicht glücklich und zufrieden mit ihrem Aufenthalt in der Provinzstadt.

Nachdem sie seiner Zeit über den Tod des Mannes und die Aufregung, die der Verkauf des Geschäfts und der Ausbruch und der Umzug mit sich gebracht hatten, erst hinweggekommen war, fing sie an, sich auf die angenehme Weise in ihr neues Leben hineinzufinden.

Und wenn sie ganz ehrlich sein sollte, so sagte ihr das friedliche, stille Leben in dem kleinen Hause in der Südfraße weit mehr zu, als das geschäftige Treiben auf dem

Mühlenthof, wo sie sich vom Morgen bis zum Abend keine Viertelstunde Ruhe gegönnt hatte, vor Angst, daß irgend etwas in dem großen Haushalt vernachlässigt werden könnte.

War nicht zu reden von der anstrengenden Krankenpflege der beiden letzten Jahre und der drohenden Angst vor dem immer näher heranrückenden Klin.

Natürlich hatte die Frau ihren Mann geliebt. Das heißt, so auf Bauernart, im Grunde hatte sie eigentlich nur einen ungeheuren Respekt vor ihm gehabt nach dem guten alten Rezept: Ihr Weiber, seid Euren Männern unterthan und gehorham in allen Dingen!

Und natürlich hatte sie geweint, als er gestorben war, und hatte schwarzgekleidet dem Begräbnis beigewohnt.

Aber sie nahm die Ereignisse hin, wie sie kamen, ohne zu murren oder mit ihnen ins Gericht zu gehen: besser für Lars und sie, daß er endlich ausgekämpft hatte, als daß er vielleicht jahrelang hätte zu Bett liegen müssen zur Qual und Plage für sich selber und andere; und keiner Menschenseele zu Nutzen und Frommen.

Und Manuel? Er war ja sein Leben lang daheim umhergegangen und hatte herumgepusfelt und gekramt, der Iernste.

Sie hatte dem Vater einmal ängstlich und zögernd vorgezeigt, ob es nicht am besten für den Knaben sein würde, wenn er ein wenig unter Fremde käme und andere Sitten und Gebräuche kennen lernte. — — — Aber davon konnte keine Rede sein! Weber der Vater noch der Großvater, der damals noch lebte, konnten es sich vorstellen, den Anblick des Knaben auch nur einen Tag entbehren zu müssen!

„Na ja!“ hatte die Frau hierauf nur erwidert und war an ihre Beschäftigung gegangen.

Und Manuel war auf dem Mühlenthof geblieben.

(Fortsetzung folgt.)